

### „Erneuerbar und effizient statt atomar und fossil“

Sehr geehrte Damen und Herren

DIE Wirtschaftsförderagentur der Schweiz heisst: EnergieSchweiz....

EnergieSchweiz lässt andere Verbände, von denen der eine oder andere ebenfalls mit einem „E“ im Namen beginnt, weit hinter sich, was Innovationsförderung und Schaffung von Arbeitsplätzen angeht....

EnergieSchweiz ist das Programm für Energieeffizienz und erneuerbare Energien. Seit seiner Lancierung hat sich EnergieSchweiz als echtes Erfolgsprodukt der Schweizer Energie- und Klimapolitik erwiesen. Ohne EnergieSchweiz und seinem Vorgängerprogramm Energie 2000 würden in der Schweiz die CO<sub>2</sub>-Emissionen um 2,8 Millionen Tonnen und der Verbrauch an fossiler Energie um 7,9% über dem heutigen Niveau liegen. Der gesamtschweizerische Stromverbrauch läge rund 4,7% über dem aktuellen Niveau. Dank EnergieSchweiz konnte die effiziente Energienutzung verstärkt und der Anteil der erneuerbaren Energien wesentlich erhöht werden. Das Programm ist zu einem bedeutenden Antriebsfaktor für Innovationen in der Wirtschaft geworden.

Die Bilanz kann sich sehen lassen. So konnte EnergieSchweiz beispielsweise 2006 die CO<sub>2</sub>-Emissionen um 6 Prozent reduzieren, den Anteil der erneuerbaren Energien erhöhen und wichtige Impulse für den Energie- und Bausektor geben. Mit einem Budget von 42 Millionen Franken lösten die Massnahmen ein Investitionsvolumen von rund 1'085 Millionen Franken und eine Beschäftigungswirkung von 5'900 Personenjahren aus.

**Trotz dieses Erfolgs ist klar: mit EnergieSchweiz allein sind die energie- und klimapolitischen Ziele der Schweiz nicht erreichbar. Die Schweiz ist gefordert:**

CO<sub>2</sub> wird hauptsächlich durch die Industrieländer freigesetzt, z.B. durch die USA oder die Schweiz, welche einen hohen CO<sub>2</sub>-Ausstoss pro Kopf verzeichnet. Die Folgen der Klimaerwärmung sind Abschmelzen von Gletschern und Meereseisdecken, Ansteigen der Meeresspiegel (was zum Verlust von Siedlungs- und Landwirtschaftsflächen führt), Zunahme schwerer Wetterereignisse und Naturkatastrophen, Hitzewellen und Dürren, Wasserknappheit und Ausbreiten von Krankheiten wie Malaria.

Wir haben deshalb die Kyoto-Ziele zu erfüllen. Diese sind bisher nicht erreicht. Weder bei den Gebäuden noch bei der Mobilität. Falls wir diese Ziele nicht erreichen, kostet das den Staat 150 bis 200 Millionen Franken Entschädigung zugunsten internationaler Klimaprojekte.

Auch aus anderen Gründen müssen wir handeln: Der Ölpreis steigt weiter an: Die Schweiz ist zu 80% ihres Energiebedarfs vom Öl abhängig. Wir KonsumentInnen haben allein 4 Milliarden Franken berappt seit 2004, um den Ölscheichs die hohen Preise abzugelten. Davon hatten wir keinen Nutzen und der Verbrauch ist trotzdem nur schwach gesunken. Bei der Mobilität steigt er laufend weiter an. Das bedeutet: Der Markt allein bewegt nicht genug, es braucht flankierende Massnahmen des Staats. Ziel ist die 2000-Watt-Gesellschaft und der Ausstieg aus dem Erdöl. Die SchwedInnen haben das für 2020 beschlossen. Warum soll die Schweiz weniger weit gehen? Der Bundesrat will bis dahin die CO<sub>2</sub>-Emissionen um 20 Prozent senken. Das ist sehr bescheiden. SP, Grüne und Umweltverbände fordern in der Klima-Initiative mindestens 30 % bis 2020.

Es braucht aber noch mehr Anstrengungen. Die IPCC – Berichte zeigen, dass wir bis 50 % und mehr gehen müssen. Sind diese Ziele realistisch? JA: Es gibt das 2000-Watt-Gebäude in Form von MINERGIE-P bereits heute, es gibt Motorfahrzeuge, die 3 Liter auf 100 km verbrauchen und es gibt Lampen, z.B. in LED-Technologie, die einen Zehntel dessen verbrauchen, was eine althergebrachte Glühlampe verschwendet. Mit anderen Worten:

Die Technologie ist da und muss so rasch als möglich auf den Markt gebracht werden. Das sind politische Entscheide.

### **Die Schweiz hat eine innovative Energie- und Klimapolitik verdient, deshalb brauchen wir folgende Massnahmen**

**Das Reduktionsziel des CO<sub>2</sub>-Gesetzes muss bis 2012 erreicht werden.** Die CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Benzin muss eingeführt werden. Ein Teil der Einnahmen kann zweckgebunden für die Finanzierung des öffentlichen Verkehrs verwendet werden.

**Die Schweiz soll sich für ein Nachfolgeprotokoll zu Kyoto einsetzen.** Nur gemeinsames Handeln führt zum Ziel. Auch die Idee einer weltweiten CO<sub>2</sub>-Abgabe zur Speisung eines Fonds für Adaptationsmassnahmen (Prävention und Versicherung von Schadensfällen) wird von uns begrüsst.

**Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen in der Schweiz.** 151'817 Menschen haben die von SP, Grünen und Umweltverbänden lancierte „Volksinitiative für ein gesundes Klima“ unterschrieben. Die Initiative kam in Rekordzeit zustande, innerhalb von 7 Monaten! Die Botschaft ist an Deutlichkeit nicht zu überbieten: Das Anliegen wird von der Bevölkerung ernst genommen, die Politik ist zum Handeln aufgefordert. Die Initiative verlangt eine mindestens 30-prozentige Reduktion von Treibhausgasen im Inland bis 2020 (gegenüber Stand 1990). Der Bundesrat und die bürgerliche Parlamentsmehrheit haben in den letzten Jahren keine ausreichenden Massnahmen zum Schutz des Klimas beschlossen. Wirksamer Klimaschutz ist aber in unserem eigenen Interesse notwendig, die Schweiz als Alpenland ist besonders von den negativen Folgen des Klimawandels betroffen. Die Ziele der Klima-Initiative erreichen wir mit einer auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Energiepolitik, die zugleich Wirtschaftspolitik ist. Die breite Förderung der erneuerbaren Energien berücksichtigt die Wertschöpfung im eigenen Land: Holzenergienutzung nützt der Waldwirtschaft, den ländlichen Regionen, der Holzwirtschaft, den einheimischen Baufachleuten, den lokalen EnergieversorgerInnen. Damit bilden jene Massnahmen auch für unsere Regionen und auch für die zu EnergiewirtInnen werdenden LandwirtInnen eine wirtschaftliche Basis. Die Impulse aus der Klima- und Energiepolitik sind Impulse für Innovation und neue Entwicklungen: Bereits zeigen sich in der Schweiz modernste und sehr erfolgreiche Klein- und Mittelunternehmungen, welche europa- und weltweit tätig sind. Im 19. Jahrhundert bauten die SchweizerInnen Webmaschinen, heute investieren sie in erneuerbare Energien und Energieeffizienz.

In Deutschland rechnet man, dass die Umwelttechnologiemärkte bis 2030 von 150 Milliarden Euro auf 1.000 Milliarden Euro anwachsen...

**Aktionspläne zu Energieeffizienz und Förderung erneuerbarer Energien unverzüglich umsetzen.** Die SP begrüsst die von Bundesrat Leuenberger vorgelegten Programme. Die Forderungen sind ein erster Schritt und unverzüglich zu realisieren. Die Energieeffizienz bei Geräten, Gebäuden und im Verkehr lässt sich massiv verbessern. Die 2000-Watt-Gesellschaft ist ein realistisches Ziel. Der Deckel bei der so genannten kostendeckenden Einspeisevergütung muss vollständig gesprengt werden, so werden Erneuerbare marktfähig.

**Minergiestandard für Umbauten und Minergie-P-Standard für Neubauten!** In der Schweiz stammen 40 Prozent des CO<sub>2</sub>-Ausstosses aus dem Gebäudebereich. Ohne Minderung der Wohnqualität können über zwei Drittel des Energieverbrauchs eingespart werden. Im Neubau haben die Kantone scharfe Bestimmungen erlassen. Sie müssen diese jetzt umsetzen. Hunderttausende von Gebäuden müssen jetzt umgebaut werden, nicht erst in 30 Jahren. Es braucht eine Bundeskompetenz und die Kompetenz für die Einführung nationaler Mindestnormen sowie ein nationales Gebäudesanierungsprogramm. Wir befürworten die Finanzierung aus der Zweckbindung eines Teils der CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Brennstoffen. Die HauseigentümerInnen sind dafür, weil sie so direkte Beiträge zur effizienten Sanierung (und Werterhaltung) erhalten, die MieterInnen sind dafür, weil sie so ihre Miet-Nebenkosten massiv senken können. Beispiel: Wenn eine Familie 2004 für ihre Wohnung Nebenkosten für die Heizung von 800 Franken zu bezahlen hatte, bezahlt sie heute 1600 Franken, das Doppelte. Wenn die Wohnung energetisch richtig saniert wird, wird dieser Betrag mindestens wieder halbiert, bei einer MINERGIE-Sanierung sogar geviertelt! Auch die Bauwirtschaft ist dafür, weil hier ein grosses Potenzial für Aufträge besteht.

**Es braucht eine ökologische Steuerreform.** Diese soll sämtliche nicht erneuerbaren Energien einbeziehen. Durch die Rückerstattung an Bevölkerung und Wirtschaft soll Effizienz belohnt werden. So können Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch entkoppelt werden.

**Zusätzliche Investitionen in Bahn und Bus.** Der CO<sub>2</sub>-Ausstoss ist vor allem auch auf unseren Mobilitätsdrang zurückzuführen. Die Finanzierung des öffentlichen Verkehrs (FinöV/ZEB) und Projekte für öV und Langsamverkehr - namentlich in den Agglomerationen - sind so rasch als möglich sicherzustellen. Güter gehören auf die Schiene, das Verlagerungsziel muss eingehalten werden. Dafür braucht es die rasche Einführung der Alpentransitbörse. Ebenso notwendig ist die Einbindung des Flugverkehrs in die internationalen Bemühungen.

Auch die neuen Massnahmen des Bundesrates müssen jetzt umgesetzt werden: Bonus-Malus für Motorfahrzeuge beim Import, scharfe Zielvereinbarung mit Sanktionsinstrumenten für die Autoimporteure, emissionsabhängige Motorfahrzeugsteuern in allen Kantonen.

**Vollversorgung aus erneuerbaren Energien – Ausstieg aus der Atomkraft.** Atomstrom deckt in der Schweiz nur 8 % des Gesamtenergieverbrauchs ab – und das mit 5 AKW. Weltweit macht Atomkraft sogar nur 4 % am Verbrauch aus. Die Technologie ist völlig veraltet. Die Wirkungsgrade von thermischen Nuklearanlagen sind schlecht, fast so schlecht wie jene des Diesel- oder Benzinmotors. 70% geht als Wärme verloren. Die Technologie ist unsicher und gefährlich: Die Kosten für Sicherheit und Terrorschutz werden immer höher – zudem braucht es sehr teure Reserve- und Ausgleichsenergie für den Fall, dass die Produktionskapazität ausfällt. Das Abfallproblem ist nicht gelöst: Es geht mindestens bis 2040, bis wir ein Endlager für den Abfall aus 60 Jahren haben, der dann Millionen von Jahren weiterstrahlt. Wer von einem Neubau träumt, verkennt die Realitäten, geht grosse Risiken ein, trägt nichts zur Versorgungssicherheit bei und setzt auf die Vergangenheit. Die Krisen-Biografie des EPR zeigt: Atomkraft ist auch mit modernster Technik weder eine sichere noch eine wirtschaftliche Lösung. Gegen eine Rahmenbewilligung für ein neues AKW wird die SP, die Mitglied der Anti-Atom-Allianz ist, das Referendum ergreifen und die Unterschriften in Rekordzeit zusammen bekommen.

Jeder Franken, der in die Atomenergie fliesst, fehlt bei den Erneuerbaren und bei Investitionen in Effizienz. Deshalb: Auf jedes Dach gehört eine Solaranlage, jede Stadt, jede Gemeinde baut ein Solarprogramm auf. LandwirtInnen werden dank Biomasse zu EnergiewirtInnen. Wir können in der Schweiz bis 2012 zweihundert neue Windturbinen aufstellen. Importe von Windstrom erhöhen die Versorgungssicherheit. Zu einer modernen Energieversorgung gehören auch dezentrale Wärmekraftkoppelungsanlagen und das Entwickeln neuer Kraftwerktypen mit hohen Wirkungsgraden (Brennstoffzellen).

**Energie muss demokratisch kontrolliert sein, Netze gehören in die öffentliche Hand.** Mitverantwortung und demokratische Mitbestimmung sichern die Versorgungssicherheit. Die Schweiz ist DIE Stromdrehscheibe. Die Qualität der Versorgung – z.B. durch den Ausbau unserer Netze – in der Schweiz hat direkte Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit in Europa.

**Klima- und Energiepolitik beginnen bei der Raumplanung.** Die Energieversorgung muss möglichst dezentral organisiert werden. Wir wollen keine Einkaufszentren auf der grünen Wiese, keinen Ausbau von Strassen und keine weitere Zersiedelung des Landes.

### **Nichthandeln ist teuer**

Spätestens seit dem Stern-Bericht sind die finanziellen, wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Klimaerwärmung bekannt. Umsteigen hingegen lohnt sich: Die massiven Preiserhöhungen für fossile Ressourcen und Uran machen die Nutzung erneuerbarer Energien und die Verbesserung der Energieeffizienz für alle KonsumentInnen rentabel. Dank Nachhaltigkeit in der Energiepolitik und im Umgang mit natürlichen Ressourcen steigen Wohlstand und Wohlbefinden. Wir wollen Sicherheit im Energiebereich und mehr Lebensqualität. Gefragt sind Bund, Kantone, KonsumentInnen und die Wirtschaft. Die Zukunft beginnt jetzt!

EnergieSchweiz spielte bisher eine bedeutende Rolle in der Schweizer Energie- und Klimapolitik und soll diese auch in Zukunft spielen.